

Hermann Wentker

**Michael Lemke, *Einheit oder Sozialismus? Die Deutschlandpolitik der SED 1949–1961.***

Köln/Weimar/Wien 2001: Böhlau, 546 Seiten, 98 D-Mark.

Bücher und Abhandlungen über die deutsche Frage nach 1945 füllen ganze Bibliotheken. Während Historiker, die sich mit diesem Thema aus der Sicht der Bundesrepublik und der westlichen Staaten befassen, dazu auf umfangreiche Quellenbestände zurückgreifen können, haben jene, die zur sowjetischen Deutschlandpolitik arbeiten, auch unter post-kommunistischen Verhältnissen einen sehr viel eingeschränkteren Zugang zu den einschlägigen Archivalien. Wer jedoch die Deutschlandpolitik der SED untersuchen will, hat seit 1990 den unschätzbaren Vorteil, dass die einschlägigen Akten fast uneingeschränkt zugänglich sind. Ein Kenner der DDR-Außen- und -Deutschlandpolitik, Michael Lemke, hat diesen

Vorteil genutzt und eine umfassende aktengestützte Untersuchung zu dieser Thematik verfasst. Freilich beeinträchtigt auch Lemke der unzureichende sowjetische Archivzugang: Denn da die DDR gerade in ihrer Deutschlandpolitik elementar von der Sowjetunion abhängig war, wäre größere Klarheit über die Ziele Moskaus in vielen Fällen wünschenswert. Freilich wusste auch die SED-Führung in den fünfziger Jahren offensichtlich nicht immer, was ihr großer Bruder wollte: Die Unsicherheit des Historikers entspricht folglich der der Betroffenen.

Trotz dieser Einschränkung kommt Lemke teilweise zu grundlegend neuen Erkenntnissen; frühere Vermutungen werden von ihm teils bestätigt, teils falsifiziert. Die bedeutendste „Neuentdeckung“ betrifft die Phase 1949 bis Mitte 1951. Die Sowjetunion und die SED glaubten damals, in Überschätzung ihrer Möglichkeiten, die „antifaschistisch-demokratische

Ordnung“ auch auf Westdeutschland übertragen zu können. Hintergrund dieser Annahme bildeten zum einen die sowjetischen Erfolge in China und Korea; zum anderen standen die Misserfolge der kommunistischen Politik und der Erfolg der sozialen Marktwirtschaft in Deutschland noch aus. Ost-Berlin und Moskau setzten folglich darauf, mithilfe einer Volksfrontpolitik in der Bundesrepublik die dortigen politischen Verhältnisse so umzugestalten, dass eine Wiedervereinigung unter östlichen Vorzeichen die logische Folge gewesen wäre. Diese Politik war zwar illusionär, sie zeigt aber, dass Ostintegration und Wiedervereinigung für die SED durchaus vereinbar waren.

In diesen Jahren waren eigene Handlungsspielräume der SED in der Deutschlandpolitik so gut wie nicht vorhanden. Die SED-Führung, die damals noch gesamtdeutsch dachte, ging freilich davon aus, dass die sowjetische Führung „an der DDR als

Hauptsäule der Wiedervereinigung unbeirrt festhalten werde“ (Seite 506). Darin sah sie sich jedoch getäuscht. Denn nach der ersten Stalin-Note vom März 1952 und nach Stalins Tod im Frühjahr 1953 befürchtete die Führung in Ost-Berlin, von der Sowjetunion zu Gunsten eines neutralen Gesamtdeutschland aufgegeben zu werden. Dies war Lemke zufolge für Stalin lediglich eine „Zwischenlösung“ der deutschen Frage; Berija hingegen dachte 1953, so vermutet der Autor, „an ein neutrales bürgerliches Gesamtdeutschland nicht als Zwischen-, sondern möglicherweise als Endziel“ (Seite 256). Inwieweit diese Annahmen zutreffen, ist immer noch nicht ganz klar. Fest steht jedenfalls, dass die Unsicherheit in der SED-Führung über die sowjetischen Absichten erst nach deren Moskauer-Besuch von Anfang April 1952, bei dem die Weichen für den forcierten „Aufbau des Sozialismus“ in der DDR gestellt wurden, ihr Ende fand. Anfang Juni 1953, nach Verkündung des „Neuen Kurses“ durch Moskau, wurde die Spaltung in der SED-Führung, die Lemke zufolge bereits länger existierte, sichtbar. Einig waren die Gruppierungen um Ulbricht und Herrstadt in ihrem Festhalten

am Endziel eines sozialistischen Gesamtdeutschland. Doch während Ulbricht dazu einseitig die Stärkung des Sozialismus in der DDR betreiben wollte, setzten Herrstadt, Zaisser, Grotewohl und andere auf eine flexiblere Linie: Ihnen ging es darum, in der Bundesrepublik einen antikapitalistischen Wandel herbeizuführen, wobei die DDR als attraktives Vorbild zu wirken hatte. In ihrer Hoffnung auf eine möglichst baldige Wiedervereinigung empfahlen sie daher Reformen des sozialistischen Systems; für Ulbricht hingegen war ein gesamtdeutscher Nationalstaat bereits damals zum Fernziel geworden. Ulbricht erhielt mit dem 17. Juni 1953 und dem Wandel der Moskauer Politik nach Berijas Absetzung wieder die Zügel in die Hand, sodass nun auch die Weichen in der DDR deutlicher auf Zweistaatlichkeit gestellt wurden.

Während die „Zwei-Staaten-Theorie“ damals schon im Keim vorhanden war, wurde sie erst im Juli 1955 von Chruschtschow verkündet. Die SED-Führung zögerte aus innenpolitischen Gründen, sich in dieser Frage öffentlich festzulegen. Daher verkündete sie, dass sie die Wiederherstellung der deutschen Einheit unver-

ändert anstrebte; erreichbar schien dies jedoch nur im Rahmen eines stark ideologisierten Langzeitprogramms, was jedoch kaum offen ausgesprochen wurde. Erst einige Monate nach dem Bau der Berliner Mauer, am 14. Januar 1962, bekannte Ulbricht öffentlich: „Wir müssen auf längere Zeit mit dem Bestehen zweier grundverschiedener und voneinander völlig unabhängiger Staaten rechnen.“ (Seite 426)

Verbunden mit der „Zwei-Staaten-Theorie“ war für die DDR das verstärkte Streben nach Anerkennung in West und Ost. Während sie in der westlichen und in der neutralen Staatenwelt um ihre formale Anerkennung gegen die Hallstein-Doktrin rang, reklamierte sie im Osten seit 1957 eine Konsultationspflicht ihrer „Bruderstaaten“ bei deren Politik gegenüber West-Berlin und Westdeutschland. Dies wirft die von Lemke eingehend erörterte Frage nach den Handlungsspielräumen der DDR in der Deutschlandpolitik auf. Zu Recht schätzt er die Bedeutung der formalen Akte der sowjetischen „Souveränitätserklärung“ vom März 1954 und des ostdeutsch-sowjetischen Vertrages vom September 1955 dafür als äußerst gering ein, da die DDR auch da-

nach weiterhin von der Sowjetunion bevormundet wurde. Freilich stieg das Gewicht der DDR innerhalb des Ostblocks, insbesondere als Chruschtschow ab 1956 diese zum „Schaufenster des Sozialismus“ entwickeln wollte und ihr dazu relativ hohe Kredite gewährte. Im bilateralen Verhältnis Sowjetunion—DDR macht Lemke in diesen Jahren neben den vorherrschenden hierarchischen zunehmend partnerschaftliche Elemente aus. Im Kreis der östlichen „Bruderstaaten“ profilierte sich die DDR zudem nach Beendigung des „Tauwetters“ im November 1956 als sozialistischer Musterknabe.

Bei alledem gab es, so Lemke, keine prinzipiellen Unterschiede zwischen der deutschlandpolitischen Linie der DDR und der Sowjetunion. Dies wird deutlich an dem eng mit Moskau abgestimmten so genannten „Konföderationsplan“ von 1956/57, der als propagandistisches Ziel zwar eine Konföderation der beiden deutschen Staaten ins Auge fasste, dessen Realisierung aber eine grundlegende Veränderung der Verhältnisse in der Bundesrepublik nach dem Muster der DDR vo-

raussetzte. Während Ost-Berlin keine deutschlandpolitischen Aktivitäten ohne sowjetische Zustimmung einleitete, ließ sich Moskau in seine Deutschlandpolitik von der DDR-Führung im Allgemeinen nicht hineinreden. Erst im Zusammenhang mit der zweiten Berlin-Krise geht Lemke von einem gewissen Einfluss der SED-Führung auf den „großen Bruder“ aus. Anders als Chruschtschow sei diese an einer Infragestellung des Status der ehemaligen Reichshauptstadt interessiert gewesen; deren Ansicht habe „zur Moskauer berlinpolitischen Wende möglicherweise erheblich beigetragen“ (Seite 449). Inwieweit dies tatsächlich zutrifft, müssen russische Dokumente noch zeigen; möglicherweise ergibt sich eine andere Bewertung, wenn man den Gesamtkontext der inneren sowjetischen Situation und der internationalen Beziehungen stärker einbezieht, als dies im vorliegenden Werk getan wird. Der Bau der Mauer führte zwar zu einer Stabilisierung der DDR, Ost-Berlin hatte sein Maximalziel – einen separaten Friedensvertrag mit der DDR – jedoch nicht erreicht. Hinzu kam, was Lemke in seinem letzten Kapitel einge-

hend darstellt, dass die „Westarbeit“ der DDR dadurch in eine unübersehbare Krise geriet: Die Mauer stieß alle potenziellen „Freunde“ der DDR im Westen vor den Kopf, sodass nun kaum noch daran gedacht werden konnte, die Stimmung in der Bundesrepublik im Sinne der SED zu beeinflussen.

Einwände gegen die Studie betreffen einzelne Bewertungen Lemkes – so etwa die Einschätzung, dass 1954 kooperative Strukturen im innerdeutschen Verhältnis noch eine Chance hatten (Seite 330) – sowie die nicht vollständige Berücksichtigung der neueren Forschungsliteratur, insbesondere zur westlichen Seite und zu den „Neutralisten“ in der Bundesrepublik. Außerdem fehlt ein Verzeichnis der benutzten Archivalien, das vor allem aufgrund der erstmaligen Auswertung einschlägiger Akten des DDR-Außenministeriums notwendig gewesen wäre. All dies schmälert jedoch die Leistung Lemkes, der mit vorliegendem Werk erstmals eine aus den Quellen geschöpfte, kohärente und gedankenreiche Analyse der SED-Deutschlandpolitik vorgelegt hat, nur unwesentlich.